

10. Juni 2020

Kabinett will Reisewarnung für Nicht-EU-Länder verlängern

Die Reisewarnung wegen der Corona-Pandemie für mehr als 160 Länder außerhalb der Europäischen Union soll bis Ende August verlängert werden. Das Bundeskabinett will nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur am Mittwoch einen entsprechenden Beschluss fassen, der aber Ausnahmen für einzelne Länder zulässt, die bestimmte Kriterien erfüllen. Dazu sollen etwa die Entwicklung der Infektionszahlen, die Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme, Testkapazitäten, Hygieneregeln und Reisebeschränkungen zählen. Der Reiseverband DRV hatte solche Maßstäbe auch für Ziele außerhalb Europas gefordert.

Die Bundesregierung will auch weiter dringend von Kreuzfahrten abraten. Mehrere Kreuzfahrtschiffe hatten im März wegen Infektionen an Bord Probleme, einen Hafen zu finden, in den sie einlaufen konnten.

Außenminister Heiko Maas (SPD) hatte am 17. März nach Ausbruch der Corona-Pandemie eine Reisewarnung für Touristen für alle rund 200 Länder der Welt ausgesprochen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde nur bei einer Gefahr für Leib und Leben etwa in Kriegsgebieten vor Reisen gewarnt - und damit eine kostenlose Stornierung ermöglicht.

In der vergangenen Woche beschloss das Bundeskabinett, die Reisewarnung am 15. Juni für 31 europäische Länder aufzuheben. Dazu zählen die 26 Partnerländer Deutschlands in der Europäischen Union, das gerade aus der EU ausgetretene Großbritannien und die vier Staaten des grenzkontrollfreien Schengenraums, die nicht Mitglied in der EU sind: Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein. Für 29 Länder erfolgt die Aufhebung am 15. Juni, für Spanien und Norwegen erst später, weil dort noch Einreisesperren gelten. Für diese Länder wird es künftig nur noch sogenannte Reisehinweise geben.

Die verlängerte Reisewarnung unter anderem für beliebte Reisegebiete wie die Türkei, Ägypten oder Tunesien bedeutet einen herben Rückschlag für die von der Corona-Krise schwer getroffene Tourismusbranche. Der tourismuspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Marcel Klinge, kritisierte die Verlängerung der Reisewarnung als "Todesstoß für die deutsche Reisewirtschaft".

Die Tourismuswirtschaft zählt zu den von der Corona-Krise am härtesten getroffenen Branchen. Das Sommergeschäft mit Auslandsreisen ist normalerweise die umsatzstärkste Saison der Branche mit etwa 2.300 Veranstaltern und mehr als 11.000 Reisebüros in Deutschland. Nach Angaben des DRV führen 70% aller mehr als 71 Millionen Reisen der Deutschen ins Ausland.

Vor allem die Türkei wirbt bereits offensiv um deutsche Touristen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan will nach dpa-Informationen noch in dieser Woche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel telefonieren, um mit ihr unter anderem über dieses Thema zu sprechen. Für die Bundesregierung wird es nun schwierig: Jede Aufhebung einer Reisewarnung für ein Land außerhalb der EU könnte andere Länder verärgern. Wenn die Reisewarnung für die Türkei aufgehoben wird, könnte sich Ägypten beschweren - und so weiter.

Spanien hat unterdessen das Einreiseverbot ein bisschen gelockert. Von Montag an wollen die Balearen - die Inselgruppe, zu der auch Mallorca gehört, bis zu insgesamt 10.900 Urlauber aus Deutschland einreisen lassen. Deutschland sei aus zwei "offensichtlichen" Gründen für dieses Pilotprojekt ausgewählt worden, sagte die Regionalpräsidentin der Balearen, Francina Armengol, am Dienstag in Palma de Mallorca. "Deutschland ist das Land, aus dem am meisten Urlauber zu uns kommen, und die epidemiologischen Zahlen sind den unseren sehr ähnlich". Ganz Spanien will sich erst am 1. Juli wieder für den Tourismus öffnen.